



Die Stadtverordnetenversammlung

**Tagesordnung II Punkt 46 der öffentlichen Sitzung am 10. Februar 2022**Antrags-Nr. 22-F-64-0004**Impfen so leicht wie möglich - bürgernah und serviceorientiert informieren  
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 24.01.2022 -**

Noch immer ist die Impfquote hierzulande zu gering. In Hessen sind 71 Prozent zweifach geimpft, 41,5 Prozent haben zusätzlich eine Auffrischungsimpfung erhalten (bundesweit 72,3 und 45,1 Prozent).<sup>1</sup> Rund 20 Prozent sind bislang auf kein Impfangebot eingegangen. Das sind nicht alle erklärten Impfverweigerer, darunter sind auch Zögernde und Unentschlossene und solche, die es bislang schlicht nicht geschafft haben, sich einen Impftermin zu organisieren. Auch wer sich boostern lassen will, steht vor der Herausforderung, das im dicht gedrängten Alltag unterzubringen. Eine möglicherweise bevorstehende Impfpflicht macht es umso wichtiger, auch diese Menschen zu erreichen und die Hürden für eine Impfung so gering wie möglich zu halten. Das sieht auch der Deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme zur Impfpflicht so: „Die Aufforderung zur Impfung sollte mit einem umfassenden, niederschweligen Beratungsangebot verknüpft werden. Dabei ist eine wertschätzende und zugewandte Kommunikation unerlässlich. Eine Impfpflicht muss mit zielgruppenspezifischer, kultursensibler, mehrsprachiger und leicht verständlicher Information, auch über soziale Medien, verbunden sein. Kommunen, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und andere gemeinnützige Organisationen sollten in geeigneter Weise einbezogen werden.“<sup>2</sup>

Die Stadt hat in dieser Hinsicht bereits einiges unternommen und mit mobilen Impfteams, Beratungsangeboten und Impfstationen in den Stadtteilen eine gute Infrastruktur geschaffen. Inzwischen war zudem im Wiesbadener Kurier (22.01.2022) zu lesen, dass eine Werbeagentur für Öffentlichkeitsarbeit beauftragt worden ist.

Jetzt gilt es, mit pragmatischem Anspruch alle Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen, damit die Impfkampagne weiter an Fahrt gewinnt. Wesentlich ist dafür eine gute Koordination mit allen Beteiligten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. in Rücksprache mit den Betreibern der Impfzentren für flexiblere Öffnungszeiten zu sorgen: Abendtermine sollten ebenso zum Angebot gehören wie Impfmöglichkeiten am Wochenende.
2. zu berichten, mit welchen Maßnahmen die Werbeagentur im Einzelnen beauftragt wurde.
3. bei der Bewerbung der Impfangebote auch relevante, tagesaktuelle Service-Informationen zur Verfügung zu stellen - etwa zu bevorstehenden mobilen Impfkampagnen, zu Sonderimpfkampagnen und zur Auslastung Impfzentren oder zu ausgegangenem Impfstoff. Hierbei ist in Rücksprache mit den Betreibern der Impfzentren zu klären, welche

---

<sup>1</sup> Statistik des Robert-Koch-Instituts, Stand 13.01.22 abrufbar hier: <https://impfdashboard.de>

<sup>2</sup> Ethische Orientierung zu einer allgemeinen gesetzlichen Impfpflicht. Ad-hoc-Empfehlung, Seite 17. Abrufbar hier: <https://www.ethikrat.org/mitteilungen/mitteilungen/2021/deutscher-ethikrat-empfehlungen-ausweitung-der-gesetzlichen-impfpflicht/?cookieLevel=not-set&cHash=4d04501d6d5798e30e86224317b69e75>

---

Informationen zur Verfügung gestellt werden können oder sogar auf eigenen Kanälen bereits veröffentlicht werden.

4. überall, wo es sinnvoll ist, auch Informationen in weiteren, in Wiesbaden gesprochenen Sprachen bereitzustellen, so wie es der Ausländerbeirat angestoßen hat und wie es zurzeit die Johanniter in Biebrich auf eigene Faust unternehmen.
5. sicherzustellen, dass die Impfinformationen und Aufklärungsmerkblätter des RKI in verschiedenen Landessprachen und leichter Sprache über die Website der Stadt verlinkt werden.<sup>3</sup>
6. über den Oberbürgermeister gesellschaftliche Institutionen wie Vereine und Kirchengemeinschaften anzuschreiben und diese sowie weitere Multiplikatoren für eine Mitwirkung an der jetzt geforderten konzertierten Impfkampagne zu gewinnen. Hierbei sollten, wo sinnvoll, auch Kooperationen für Impfkampagnen und Aufklärungsveranstaltungen angeboten werden.

---

### Beschluss Nr. 0047

Die Punkte 1 und 2 haben sich durch Aussprache erledigt.

Die übrigen Punkte werden angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 10.02.2022  
im Auftrag

Der Magistrat  
-16 -

Dr. Heimlich

Wiesbaden, 10.02.2022  
im Auftrag

Dezernat II  
mit der Bitte um weitere Veranlassung  
Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu Nr. 6

Bock

---

<sup>3</sup> <https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Impfen/Materialien/COVID-19-Aufklaerungsbogen-Tab.html>